

Bezugspreis: Für die erste Hälfte August 50000 M. ...

Vorwärts Berliner Volksblatt

Anzeigenpreis: Die einseitige Kopierleistung kostet 75000 M. ...

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Sonnabend, den 11. August 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Steuerreform und Krisenstimmung.

Der Reichstag hat gestern die Steuervorlagen — zum größten Teil einstimmig — angenommen.

Die wirtschaftliche Lage zeigt Zeichen einer beginnenden Entspannung.

Die Lage des Kabinetts Cuno hat sich bedeutend verschlechtert.

So stellt sich, in knappe Worte zusammengefaßt, die Situation dar am Verfassungstag 1923!

Die Steuervorlagen, die der brennendsten Finanznot für den Augenblick abhelfen sollen, sind Gesetz geworden. Der Druck der Not, der völlige Zusammenbruch der Mark, das Stocken der Lebensmittelversorgung, die äußerste Zahlungsmittelnot, die Gefährdung der wirtschaftlichen Existenz zahlreicher Unternehmungen, die Verzweiflung der Massen waren nötig, um den bürgerlichen Parteien diese Steuererhöhungen abzurufen.

Der Inhalt dieser Steuererhöhungen ist folgender:

1. Gesetz über die Erhöhung der Vorauszahlungen auf Einkommen- und Körperschaftsteuer. Der Entwurf sah eine Erhöhung der Vorauszahlungen vom 25fachen auf das 100fache zur Einkommensteuer, vom 35- auf das 140fache zur Körperschaftsteuer vor.

2. Abgabe aus Anlaß der Ruhrbesetzung. Die Einkommen- und Körperschaftsteuerpflichtigen, die zur Vorauszahlung verpflichtet sind, sowie die Steuerpflichtigen, die im Jahre 1922 ein Einkommen von mehr als einer Million Mark hatten (hohe Beamte, Bankdirektoren), haben an den drei nächsten Vorauszahlungsterminen das Doppelte der erhöhten Vorauszahlungen als Abgabe zu entrichten.

3. Erhöhung der Kraftfahrzeugsteuer. Die Kraftfahrzeugsteuer ist um das 50fache erhöht worden. Der Ertrag wird auf 15 Billionen Mark angegeben.

4. Besteuerung der Betriebe. Alle Betriebe im Sinne der Gewerbeordnung haben in den nächsten sechs Monaten den doppelten Betrag der von ihnen abgeführten Lohnsteuerbeiträge als Lohnfirmensteuer höchstens zu entrichten.

5. Besteuerung der Landwirtschaft. Entsprechend der Besteuerung der Industrie ist der Landwirtschaft eine besondere Besteuerung für die nächsten sechs Monate auferlegt worden.

Aus diesen Steuererhöhungen werden also im Laufe des nächsten Monats rund 150 Billionen Mark in die Reichskasse fließen. Da außerdem vom 15. August ab die Goldanleihe ausgelegt wird und sie, wenn sie mit den richtigen Sicherheiten zu einem vertrauenswürdigen Anlagepapier gemacht wird, zu Sparzwecken stark benutzt werden wird, so ist auch auf diesem Wege eine beträchtliche Summe für die Reichsfinanzen zu erwarten.

Die Annahme der Steuererhöhungen stellt zweifellos eine

Kundgebung des Reichspräsidenten.

Zum Verfassungstag.

An das deutsche Volk!

In schwerer Bedrängnis rückblickend auf ein Jahr des Leidens und Duldens, vorwärtschauend in dunkelverhangene Zukunft, begeht heute Deutschland seinen Verfassungstag.

Das deutsche Volk hat sich seine Verfassung gegeben, einzig in seinen Stämmen und von dem Willen befeuert, sein Reich in Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuern und zu festigen.

Gerade auf den Tag sind heute sieben Monate vergangen, seit Franzosen und Belgier in unser Land eingebrochen sind. Sie haben unsere fleißige Arbeit stillgelegt, schuldlose Menschen, jung und alt, verjagt, gepeinigt, gemariert und getötet.

Wir blicken vergeblich in die Ferne, Schutz und Hilfe kommen nicht von dort. Die Begeisterung für das Recht scheint draußen schlingen gegangen zu sein.

Deutsche an Rhein, Ruhr und Saar: Ihr seid uns ein Beispiel, das uns immer wieder erheben soll. Verzagt nicht: Noch nie hat ein Sieger im Rausche seiner Macht recht behalten.

Deutsche an allen freien Strömen des Vaterlandes: Daß Euch nicht von Kleinmut niederdrücken und von Selbstsucht leiten. Für Genußsucht und Luxus läßt die Not des Volkes keinen Raum.

Deutsche an allen freien Strömen des Vaterlandes: Daß Euch nicht von Kleinmut niederdrücken und von Selbstsucht leiten. Für Genußsucht und Luxus läßt die Not des Volkes keinen Raum.

Das deutsche Volk hat in seiner harten Geschichte schwere Zeiten bestanden; es wird auch diese trüben Stunden überwinden, wenn es standhaft bleibt in treuem Zusammenhalten, in Gemeinsinn, Ordnung, Arbeit und Opferwilligkeit.

Berlin, am Verfassungstage 1923.

Der Reichspräsident

Ebert.

Wendung in der bisherigen Finanz- und Steuerpolitik dar. Diese Wendung ist auf den Druck der Situation, parlamentarisch aber auf die geschlossene Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zurückzuführen.

Es verdient noch hervorgehoben zu werden, daß die kommunistische Reichstagsfraktion keinerlei Abänderungsanträge zu diesen Vorlagen gestellt hatte und daß abgesehen von kleinen Einzelbestimmungen die Annahme der Vorlagen einstimmig erfolgte.

Der Krampfanfall, der in den letzten Tagen unsere Wirtschaft heimlich und gestern zu kritischer Heftigkeit anschwellte, beginnt sich zu lösen. Die Reichsdruckerei arbeitet wieder und pumpt gewaltige Mengen von Zahlungsmitteln in die Zirkulation.

Berlin allein soll im Laufe des heutigen Tages mit sechs Billionen Papiermark gesegnet werden. Durch Ausgabe von Notgeld soll etwa trotzdem noch eintretendem Geldmangel vorgebeugt werden.

Also, der akute Anfall wird überstanden werden. Aber — das ist die allgemeine Sorge — wird er nicht eines Tages verstärkt wiederkehren, wenn es nicht gelingt, die chronische Krankheit, der er entsprang, zu beheben?

Durch die Annahme der Steuererhöhungen ist endlich ein Auslauf zu einer gründlichen Kur gemacht worden. Die Führung dabei hat aber nicht die Regierung, sondern die Sozialdemokratie gehabt. Das wurde gestern im Reichstag allgemein empfunden, und allgemein wurde gefragt, warum nicht die Regierung in dieser entscheidend wichtigen Angelegenheit selber rechtzeitig die Führung ergriffen hat.

So begegnet sich die Stimmung im Reichstag mit jener der Massen draußen. Da herrscht — an allen Straßenecken und von Anhängern aller Richtungen kann man es hören — gewaltige Erbitterung darüber, daß die Regierung solche Zustände, wie sie in den letzten Tagen eintraten, nicht zu verhindern wußte.

Als diese Regierung vor acht Monaten ihr Amt antrat, mit welchen Hoffnungen wurde sie von einem großen Teil des Bürgertums begrüßt! Die Sozialdemokraten waren ja draußen, nun mußte sich alles zum Besseren wenden.

Ist die Regierung Cuno, die Regierung der „distanzfähigen Unterschicht“ noch zu halten? Das ist eine Frage, über die man überall nachdenkt, auch in der Reichstagshalle, auch in der übrigen Reichsministerien, auch in den bürgerlichen Parteien. Man fragt, wie lange noch? Monate? Wochen? Tage? Stunden?

Aber wie es auch kommen mag, soll die angebahnte Besserung nicht wieder zu Bruch gehen, dann darf das Staatsschiff im Sturm keinen Augenblick steuerlos bleiben. Das ist die allgemeine Überzeugung.

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion hält heute um 1 Uhr mittags eine Sitzung ab, bei der die Anwesenheit sämtlicher Mitglieder notwendig ist. Abgeordnete, die für den heutigen Tag Verpflichtungen außerhalb Berlins übernommen haben, sind daher nicht in der Lage, ihnen nachkommen zu können.

Beilegung des Berliner Buchdruckerstreiks.

Nachdem bereits in den gestrigen Mittagsstunden durch die Bemühungen des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns der Notendruck in der Reichsdruckerei in vollem Umfang wieder aufgenommen war, führten die weiteren vom Minister geleiteten Verhandlungen in später Abendsstunden zu einer vollen Verständigung.

Die Arbeit dürfte im Laufe des heutigen Tages allgemein aufgenommen werden.

Zum Stand des Buchdruckerstreiks.

Die von der Streikleitung durch Vermittlung des Reichsarbeitsministers mit den Unternehmern geführten Verhandlungen haben zu einem Ergebnis geführt, über dessen Annahme oder Ablehnung die Buchdruckerfunktionäre in der heute vormittag 10 Uhr im Gewerkschaftshaus stattfindenden Versammlung zu entscheiden haben.

Die Personale werden ersucht, sich zur Entgegennahme der Berichte ihrer Vertreter gegen 12 Uhr in den dafür vorgesehenen Lokalen einzufinden.

Da das gleiche Abkommen auch für die Druckerei-Buchbinder Geltung haben soll, treten die Buchbinder-Funktionäre zur gleichen Stunde zu gesonderter Beratung ebenfalls im Gewerkschaftshaus zusammen.

Für die Streikleitung:

Keller, Holz, Dörband.

Für die gestern abgeschlossene Woche wird der Spitzenlohn auf 5 000 000 M. erhöht, während sich nach den im Abkommen vorgesehenen Inderlöhnen für die Woche vom 11. bis 17. August ein Spitzenlohn von 12 644 000 M. ergibt.

## Die Berliner Vorstandskonferenz.

Im Reichstag fand gestern nachmittag eine von der Berliner Gewerkschaftskommission und dem A. N. Ortskartell einberufene Sitzung unter Teilnahme des A. N. B., des A. N. Hauptvorstandes, des Haupt- und des Berliner Vorstandes der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei und der Kommunistischen Partei statt. Genosse Sabath begründete die Einberufung der Konferenz und erörterte zusammenfassend die berechtigte Empörung, die in den Berliner Betrieben allgemein herrscht. Die Gewerkschaftskommission sei gewillt, mit allen Mitteln die Führung der Bewegung in Berlin in die Hand zu nehmen. Bevor sie Beschlüsse fasse, bitte sie aber noch einmal um eine freie Meinungsäußerung über die sofort notwendig erscheinenden Maßnahmen.

Die zeitweise recht lebhaft diskutierte brachte aus nahezu sämtlichen Berufen übereinstimmend namenlose Erbitterung zum Ausdruck. Überall wurden sofortige schärfste Maßnahmen, insbesondere auch auf dem Gebiete der Steuern verlangt.

Zur Orientierung der Konferenz berichtete Wels kurz über die augenblickliche politische Situation. Nach ihm unterrichtete Herr über die Arbeit und die Erfolge der sozialdemokratischen Fraktion in den letzten Tagen:

Es sei gelungen,

50 Millionen Goldmark für die Sicherung der Einfuhr von Lebensmitteln

aus den Devisenbeständen der Wirtschaft zu erhalten. Damit würde der Mangel an Lebensmitteln, insbesondere an Fetten, der zu den enormen Preissteigerungen geführt habe, in ganz kurzer Zeit behoben sein. Es sei ferner heute gelungen, Industrie, Handel und Banken dazu zu zwingen, daß

200 Millionen Goldmark als Interventionsfonds zur Stützung der Markt

hergegeben werden. Die Durchführung der Stützungsaktion liege nicht in den Händen der Reichsbank und erfolge nicht mit dem Golde der Reichsbank. Die Gefahr und Gefahren der Stützungsaktion im März seien damit vermieden. Der Spekulation an der Börse dem Hinaustreiben des Dollars könne also erfolgreich entgegen gewirkt werden.

Die sozialdemokratischen Finanzforderungen würden restlos verwirklicht werden. Im Steuerausgleich des Reichstags seien entsprechende Beschlüsse bereits gefaßt. Die Steuern werden sofort erhoben und durch Ersetzen in mehrfacher Höhe gegen Hinterziehung und verzögerte Zahlung gesichert. Außer der Erhöhung der Vorkaufsteuer für Einkommen um das 400fache, der Körperschaftsteuer um das 600fache, der doppelten Ruhrabgabe und einer sehr hohen Kraftfahrzeugsteuer würden künftig Industrie, Handel und Banken das Zweifache der von den Arbeitern gezahlten Lohnsteuer entrichten müssen. Die Landwirtschaft müsse fast das Doppelte aufbringen, und zwar etwa 220 Millionen Goldmark, das sind gegenwärtig über 200 Millionen Papiermark innerhalb sechs Monaten.

Mit diesen steuerlichen Maßnahmen, die sehr kräftig, aber einseitig seien und schnell wirken, werden die

Ausgaben des Reiches künftig zum größten Teil durch Steuern gedeckt

werden und nicht mehr durch die Inflationssteuer.

Die Zahlungsmittelnot wird nach Beilegung des Buchdruckerstreiks bald behoben sein, da die Reichsdruckerei täglich 15 Billionen Noten neu herausgibt. Die Goldanleihe schaffe die wertbeständige Sparmöglichkeit, sie darf aber kein neuer Kriegsanleihegeschwindel werden. Deshalb fordere die sozialdemokratische Fraktion dafür als Sicherheit die Erfüllung der Sachwerte, und sie werde das durchsetzen. So sei also,

man die Arbeiterschaft die Ruhe bewahre,

aber auch die Energie sich erhalte, um mit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion dafür zu sorgen, daß das Volk bereit ist, sie in ihrem Kampfe zu unterstützen, die restlose Verwirklichung der sozialdemokratischen Forderungen gesichert. Damit sei die Möglichkeit gegeben, dem wirtschaftlichen Chaos, der Preistreibe, dem Massenelend und der Lohnsenkung erfolgreich entgegenzuwirken. Die Erfüllung eines großen Teils der Forderungen sei also bereits ohne Generalstreik gesichert.

Das gelte insbesondere auch von der automatischen Anpassung der Unterhaltungsätze an die Geldwertung, die ebenfalls auf Antrag der Sozialdemokraten bereits beschlossen sei. Die Sozialdemokratie habe also alles getan, um der Not entgegenzuwirken und sei hierbei viel erfolgreicher gewesen als die Kommunisten, die mit Hilfe der Bauern die Lebensmittelverordnungen wässern, was ein lächerlicher Unfug sei.

Dieser Bericht wurde mit gespannter Aufmerksamkeit und allgemeiner Zustimmung entgegengenommen.

Die Vertreter der Kommunisten hatten, wie gewöhnlich, eines ihrer fertigen Programme mitgebracht. Diesmal sollte es mit der Forderung eines dreitägigen Generalstreiks beginnen und mit dem Beschluß einer eventuellen Weiterführung bis zur Erfüllung aller aufgestellten Wünsche aufhören. Die Kommunisten fanden aber zu ihrer eigenen Verblüffung in der großen Konferenz, in der sämtliche Berliner Berufe und Erwerbschichten vertreten waren, außerordentlich geringe Gegenliebe.

Leipart berichtete, was die freigewerkschaftlichen Spitzenverbände nach Rücksprache und gemeinsam mit den christlichen und Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften dem Kabinett Cuno in völlig eindeutigen Worten gesagt haben. Er beantwortete dann weiter die auch von vielen Deputationen an den A. N. B. gerichtete Frage,

ob die Regierung Cuno noch das Vertrauen der freien Gewerkschaften genieße.

Er betonte, daß er die Frage nicht verstehen könne, denn schon die Erklärung der gewerkschaftlichen Forderungen hätten doch der Reichsregierung gezeigt, daß die Gewerkschaften keine Lust hätten, bei ihren Mitgliedern ebenso das Vertrauen zu verlieren, wie es das Kabinett Cuno verloren habe. Vorgestern und gestern sei zudem der Reichsregierung nochmals deutlich gesagt worden, daß die Verhältnisse in Berlin, an denen sie schuld sei, unhaltbar geworden wären. Wenn das Plenum des Reichstages wider Erwarten versuchen sollte, von den Beschlüssen des Steuerausgleiches abzuhandeln, dann würden die Gewerkschaften die Gelegenheit finden, noch ein letztes Wort in jenen Fragen zu sprechen.

Die Kommunisten waren mit dem sachlichen Verlauf der Debatte durchaus nicht zufrieden. Sie versuchten immer wieder die Konferenz, und im besonderen die Vertreter der Berliner Gewerkschaftskommission zu bewegen, möglichst sofort politische Beschlüsse zu fassen, die den Generalstreik als Lustakt in sich zu schließen hätten. Dabei gab man im Eifer sogar zu, daß

Die Fünfzweihundertkommission der Betriebsräte ein illegales Instrument der Kommunisten

sei, beantragte doch einer ihrer Führer, von Ruth Fischer und anderen unterstützt, die Gewerkschaftskommission solle gemeinschaftlich mit der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale die Fünfzweihundertkommission der Betriebsräte für legal erklären! Die Fünfzweihundertkommission habe die Absicht, morgen, Sonnabend, unter allen Umständen eine Vollversammlung der Betriebsräte abzuhalten, die dann ja sofort die notwendigen Beschlüsse fassen könne.

Aber auch dieser kommunistische Vorstoß schlug fehl. Die Empörung wuchs darüber soweit, daß Maslow, alle politische Geheimnisträumerei vergebend, erklärte, diese Vollversammlung werde am Sonnabend ohne Rücksicht auf die Beschlüsse der Gewerkschaften beschließen, was für gut befände. Diese Feststellungen der kommunistischen Absicht, die wohl wider Willen übereifrig verübt wurde, wirkte wie eine Bombe. Damit war die fortgesetzte Propaganda der Kommunisten, in der Konferenz die „Einheitsfront“ herzustellen, als Heuchelei entlarvt.

Stark unter dem Eindruck der Erklärung Maslows beschloß die Konferenz gegen wenige Stimmen das folgende:

Die am 10. August 1923 zusammengetretene Konferenz der Gewerkschaftsvorstände Berlins hat gemeinsam mit den Arbeiterparteien zur Lage Stellung genommen. Die Konferenz beauftragt den

## Genossinnen und Genossen!

Die Not ist groß. Nicht einmal Papiermark vermochte die Cuno-Regierung in genügenden Mengen bereitzustellen. Das Geld für die allernotwendigsten Lebensmittel fehlt im Arbeiterhaushalt. Das ist günstige Zeit für:

Parolenshuster

und verantwortungslose Stänker, die ihr Parteifläppchen hoch möchten. Die jenen befreundeten

Reventlow-Leute

sehen Ihre Zeit gekommen.

Jetzt gilt es, überall zu zeigen, daß die Vereinigte Sozialdemokratische Partei in ernster Situation nicht redet, sondern handelt!

Die sozialdemokratischen Steuervorschläge müssen unter allen Umständen sofort verwirklicht und dann noch weiter ausgebaut werden. Die Forderungen der Berliner Gewerkschaftskommission sind auch die untrüglichen.

In den Betrieben gelten für unsere Anhänger

nur die Richtlinien und Aufforderungen der Gewerkschaften, im besonderen der Gewerkschaftskommission.

Wilde Parolen und Beschlüsse sind ebenso zu bekämpfen wie die bürgerlichen Feinde der Arbeiterbewegung, die Deutschland in die Zustände hineingebracht haben, gegen die wir jetzt mit aller Wucht ankämpfen.

Schließt die Reihen! Sammelt unsere Kämpfer. Es wird gehandelt, nicht geredet!

Der Bezirksvorstand der VSPD, Groß-Berlin.

Schlegel, Künstler, Helwig.

Ausschuh der Berliner Gewerkschaftskommission und des Ortskartells des A. N. B. von den Regierungsstellen die sofortige Verwirklichung von ausreichenden Zahlungs- und Lebensmitteln zu fordern. Sie beauftragt ferner die beiden Korporationen alle Maßnahmen zu ergreifen, die geeignet sind, dies Ziel zu erreichen.

Die Konferenz ist der Auffassung, daß die Regierung Cuno Schuld an der heutigen schwierigen Situation hat, und daß ihr deswegen kein Vertrauen entgegengebracht werden kann.

Die Vorstandskonferenz richtet an die organisierte Berliner Arbeitnehmerschaft die dringende Aufforderung, zur Erreichung dieses Zieles nur dem Ruf der Gewerkschaftsorganisationen zu folgen.

Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte und nach Anhörung eines Vertreters der Rowaweser Gewerkschaften wurde die Sitzung geschlossen.

Der engere Ausschuh der Gewerkschaftskommission ist sofort nach Schluß der Konferenz zusammengetreten. Er hat die folgenden Richtlinien für seine derzeitige dringliche Tätigkeit beschlossen:

An die Arbeiter, Angestellten und Beamten Groß-Berlins!

In Ausführung eines Auftrages der unter Hinzuziehung des Vollzugsrates der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale, der Zentralen des A. N. B., des A. N. B. und der drei Arbeiterparteien am 10. August zusammengetretenen Berliner Gewerkschaftsvorstände haben die Ausschüsse der Berliner Gewerkschaftskommission und des Ortskartells Berlin des A. N. B. zur gegenwärtigen schwierigen Situation in Berlin Stellung genommen und fordern die sofortige Durchführung folgender Maßnahmen:

Einführung einer wirklich wertbeständigen Entlohnung, die die Lebenshaltung der Lohn- und Gehaltsempfänger sichert;

Automatische Anpassung der gesamten Sozialversicherung und Wohlfahrtspflege an die Geldwertung; Organisierte Sicherstellung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel;

Dekung aller Staats- und Gemeindeausgaben durch die Ergebnisse schärfter Goldbelastung des Besitzes in Industrie, Handel und Landwirtschaft;

Verstärkte gesetzliche Sicherung gegen Einordnung und Schließung der Betriebe.

Die Regierung Cuno bietet keine Gewähr für die Durchführung dieser Maßnahmen. Die Befestigung dieser Regierung ist eine Notwendigkeit.

Wir verlangen vom Reichstag sofortige gesetzgeberische Entscheidungen zur Verwirklichung dieser Forderungen.

Arbeiter, Angestellte und Beamte Groß-Berlins! In der jetzigen aufs höchste gespannten Situation ist eine gesteigerte und gefestigte Disziplin notwendig, um die gesteckten Ziele zu erreichen. Folgt nur unseren Aufrufen!

Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend.

G. Sabath.

Allgemeiner freier Angestelltenbund, Ortskartell Berlin.

Flatau, Reinsberg, Rogatz.

## Besserung der Geldversorgung.

Nachdem die Arbeit in der Reichsdruckerei gestern nachmittag wieder aufgenommen ist, wird nach amtlicher Mitteilung die außerordentliche Störung in der Belieferung mit Zahlungsmitteln behoben sein. Die am Sonnabend sich ergebenden Fehlbeträge werden voraussichtlich bereits am Sonntag und Montag nachgeliefert werden. Sobald auch die Privatdruckereien die Arbeit wieder aufgenommen haben, wird in wenigen Tagen eine regelmäßige und ausreichende Zahlungsmittelversorgung gesichert sein.

Zur weiteren Erhebung der augenblicklichen Schwierigkeiten wird Ersatzgeld in verschiedener Form geschaffen.

Angesichts der schwierigen Lage, in welche die gesamte Bevölkerung durch die Knappheit der Umlaufmittel geraten ist, darf besonders vom gesamten Einzelhandel erwartet werden, daß er dieses vollgesicherte Ersatzgeld ohne Anstände in Zahlung nimmt.

## Notgeld überall!

In der Berliner Metallindustrie.

Wegen des Mangels an Zahlungsmitteln haben die Tarifkontrahenten des Metallarifs sich dahin verständigt, daß Notgeld, welches von den Mitgliedsfirmen des Verbandes Berliner Metallindustrieller herausgegeben wird, als Zahlungsmittel bei den Lohnzahlungen Verwendung findet. Der Verband Berliner Metallindustrieller und der Deutsche Metallarbeiterverband erwarten bestimmt, daß sowohl bei den Lohnzahlungen wie auch bei der Verwendung des Notgeldes durch die Lohnempfänger im Einzelhandel keine Schwierigkeiten bereitet werden.

Berlin, den 10. August 1923.

Verband Berliner Metallindustrieller.

gez. Kaniorowicz.

Deutscher Metallarbeiterverband.

gez. Ulrich.

Notgeld der Banken.

Die Berliner Großbanken haben sich entschlossen, Notgelds in Abschnitten von 1 und 5 Millionen Mark auszugeben, die als Bargehälter dienen und daher möglichst nicht sofort zur Auszahlung vorgelegt, sondern weitergegeben werden sollen.

Im ostelbischen Braunkohlenbergbau.

Die Reichsregierung hat dem Ostelbischen Braunkohlenbergbau zur Sicherstellung der Lohnzahlung die Ausgabe von Notgeld gestattet. Die Ausgabe erfolgt in Scheinen von je einer Million Mark, die von dem Ostelbischen Braunkohlenyndikat in Berlin in Auftrag gegeben worden sind.

## Die Situation in Berlin.

In den Betrieben der Metallindustrie

gaben die Schwierigkeiten der Lohnauszahlung infolge des Mangels an Zahlungsmitteln besonderen Anlaß zur Steigerung der allgemeinen Unzufriedenheit. Die Betriebe mühten sich mit Abschlagszahlungen zu helfen, und die VSM-Betriebe griffen schließlich in Verbindung mit dem deutschen Metallarbeiterverband zu dem Ausfallsmittel, eigenes Notgeld auszugeben. Ob damit alle Schwierigkeiten beseitigt sind und in den Betrieben heute wieder voll gearbeitet wird, muß sich erst noch erweisen.

Um so mehr als eine neue Komplikation durch folgende Bekanntmachung eingetreten ist, die der Siemens-Konzern gestern früh in allen seinen Werken anhängen ließ: Trotz unserer wiederholten Aufforderungen ist die Arbeit in den Werkstätten in Siemensstadt nicht aufgenommen und dadurch ein ordnungsmäßiger Betrieb unmöglich geworden. Die Werkstätten in Siemensstadt müssen daher bis auf weiteres geschlossen werden.

Die Arbeiterschaft ist mit dem heutigen Tage entlassen. Wir hoffen, die Mittel beschaffen zu können, um heute noch eine Abschlagszahlung, wenn auch nicht in der beabsichtigten Höhe, vornehmen zu können. Näheres wird durch Anschlag bekannt gegeben. Die Auszahlung wird jedoch im Werner-Werk nicht vor 12 Uhr, in allen übrigen Werken nicht vor 1 Uhr erfolgen. Siemensstadt, den 11. August 1923. Siemens u. Halske A.-G. gez. Franke, gez. ppa. Burhenne. Siemens-Schudert-Werke G. m. b. H. gez. Köttgen, gez. ppa. Burhenne.

Eine solche Maßnahme in der gegenwärtigen Situation zeugt denn doch von einer Verkennung der Dinge, wie man sie beim Siemens-Konzern nicht vermuten sollte. Inzwischen war ja wohl Zeit zur Überlegung, so daß die sofortige Zurücknahme dieses Kios erwartet werden muß, wenn nicht die ausgesprochene Unbill bestehen sollte, Del ins Feuer zu gießen.

In den städtischen Betrieben.

Die Erregung unter den städtischen Arbeitern hatte sich im Laufe des gestrigen Tages derart gesteigert, daß es stellenweise zur kurzen Arbeitseinstellung und passiver Resistenz gekommen ist. Besonders in den Betrieben des städtischen Fuhrparks, in einigen Gasanstalten und in den Krankenhäusern weigeren sich die Belegschaften zu arbeiten, wenn ihnen nicht die Auszahlung der Löhne und Vorschüsse garantiert würde. Vom Magistrat konnte nur die Zusicherung gegeben werden, daß die städtischen Kassen nach Möglichkeit die Lohnansprüche befriedigen würden, daß aber eine geordnete Auszahlung von dem Betrieb der Reichsdruckerei abhängen würde.

Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter griff überall dort, wo die Arbeit verweigert wurde, ein und es gelang ihm fast überall, die Arbeiter zu beruhigen. Im Rudolf-Birchom-Krankenhaus dauerte der Streik der Pfleger bis in die Nachmittagsstunden an. Gegen Abend wurde jedoch auch hier die Tätigkeit wieder aufgenommen.

Der Eisenbahnbetrieb.

Von allergrößter Bedeutung ist die Tatsache, daß die Belegschaften des Steintiner Bahnhofs und der Bahnhöfe Pantow und Lichtenberg ebenfalls... in die passive Resistenz eingetreten sind. Der Verkehr auf der Stadtbahn stockt bereits in einzelnen Teilen. Die Stimmung unter den Eisenbahnern ist äußerst erregt. Auf allen Bahnhöfen wird stürmisch Beteiligung an der gemeinsamen Aktion der Berliner Arbeiterschaft verlangt.

So schrieb die „rote Fahne“ in ihrer gestrigen Abendausgabe, womit sie einen Erfolg ihrer Aktion in dieser Richtung buchte.

Die Reichsbahndirektion teilt mit: Infolge Ausdehnung des Streiks einzelner Gruppen der Eisenbahnarbeiter auf mehreren Bahnbetriebswerken im Berliner Bezirk ist heute mit Unregelmäßigkeiten im Personenverkehr der Stadt-, Ring- und Vorortbahn zu rechnen.

Der Streik in den Betriebswerkstätten hat sich im Laufe des gestrigen Tages weiter ausgedehnt, so daß bis zum Nachmittag im ganzen acht Werkstätten stillgelegt worden waren. Infolgedessen vollzog sich der Stadt-, Ring- und Vorortverkehr nur sehr unregelmäßig, konnte aber aufrechterhalten werden, da die Maschinen von den Beamten fertiggestellt wurden. Im Fernverkehr ist keine Störung eingetreten.

Am Bahnhof Alexanderplatz streifte ein Teil der Arbeiter der Kohlenlager. Auf dem Betriebsbahnhof Hummelburg verließen gegen 12 Uhr mittags 50 Eisenbahnarbeiter den Eisenbahnverkehr stillzuliegen. Da sie damit keine Gegenliebe fanden, zogen sie wieder ab. — Stilllegungen werden aus Pantow, Tempelhof und Bismarckmarkt gemeldet. In Pantow suchen die Eisenbahnarbeiter die Arbeiter der größeren Betriebe, Zigarettenfabrik Garbaty u. a. m. zu bewegen, heute in den Generalstreik zu treten.

Bei der Hoch- und Nord-Südbahn

ist es den Bemühungen des Verkehrsbundes gelungen, mehrere Maßregelungen zu verhandeln und die Differenzen beizulegen. Der Betrieb soll heute in normaler Weise wieder aufgenommen werden.

Die Straßebahn

blieb am mitternacht infolge Strommangels stehen.

## Die Arbeit der Gewerkschaften.

Vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund wird uns geschrieben:

Bekanntlich haben die Gewerkschaften bereits am 30. Juli, acht Tage, bevor der Dollar infolge der Preisgabe des Einheitskurses auf so unsinnige und in den wirtschaftlichen Verhältnissen nicht begründete Weise in die Höhe gejagt wurde, der Reichsregierung ihre Forderungen der Finanz- und Steuertriffls unterbreitet.

# Die Steuergesetze beschlossen.

Das Programm, auf das sich die freien Gewerkschaften mit den Christlichen und Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften geeinigt hatten, entspricht im wesentlichen den Forderungen, die die Vereinigte Sozialdemokratische Partei aufgestellt hat. Die durch die Banknotenschnäbel der letzten Tage noch in der verhängnisvollsten Weise verschärfte Teuerung hat die Sozialdemokratische Partei veranlaßt, noch erheblich über die damals aufgestellten Forderungen hinauszugehen.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat selbstverständlich aus der geradezu verzweifelt Lage, in der sich durch die überstürzte Entwicklung der letzten Tage die Arbeiter befinden, die Forderungen gezogen und sich geschlossen hinter die Forderungen der Sozialdemokratischen Partei gestellt.

Da er selbst mit allem Nachdruck die Forderung erhoben hat, bedarf es keines Wortes, daß auch er sich dafür einsetzt, daß die Reichsbank künftig Kredite nur gegen wertbeständige Rückzahlung und Verzinsung gewähren darf. Er hat eine Änderung des Gesetzes über die Autonomie der Reichsbank gefordert, deren Leitung die jetzige Krise nicht zum wenigsten verschuldet hat. Seiner Forderung über die Anlage eines Devisenreservefonds, für den die Devisen aus denjenigen Wirtschaftskreisen, die solche für ihren Betrieb nicht bedürfen, durch ein scharfes gesetzgeberisches und verwaltungsmäßiges Vorgehen beschafft werden sollen, muß und wird durch die Verhandlungen im Reichstag entsprochen werden, da auch die Sozialdemokratische Partei der Sache nach gleiches fordert.

Die verzweifelte Lage hat die Arbeiter einer großen Reihe Berliner Großbetriebe dazu veranlaßt, Deputationen aus den Betrieben zum Vorstand des ADGB. abzuordnen und durch sie neben wirtschaftlichen auch eine Reihe politischer Forderungen erheben zu lassen. In der augenblicklichen Situation kommt alles darauf an, daß der Bundesvorstand seine ganze Kraft und Zeit der raschen und durchgreifenden Behebung der jetzigen Notlage widmen kann, damit eine Katastrophe in letzter Stunde abgewandt wird. Die Lösung dieses dringenden Problems kann auf dem Wege der Verhandlungen des Vorstandes mit Deputationen der einzelnen Betriebe nicht herbeigeführt werden, so begreiflich es ist, daß die Arbeiter unmittelbar vom Bundesvorstand Aufschluß haben wollen. Langwierige Besprechungen dieser Art sind geeignet, den Gang der notwendigen Verhandlungen zu verzögern.

Vor allem aber kann der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund jetzt nicht in die zur Durchführung seiner Forderungen notwendigen parlamentarischen Verhandlungen eingreifen. So verständlich die Entsendung von Deputationen ist, es kommt jetzt darauf an, mit größter Besonnenheit alle Kräfte auf die entscheidenden Verhandlungen zu konzentrieren, damit nichts veräußert wird, einen Ausweg aus der verfahrenen Situation in kürzester Zeit zu finden.

## Englands nächster Schritt.

### Ausführliche Erwiderung auf die Antwort der Einbruchsmächte.

Eine volle Woche lang hat Unklarheit über die weiteren Absichten der englischen Regierung geherrscht; abwechselnd wurde behauptet und dementiert, daß die britische Regierung die Erwiderungen Frankreichs und Belgiens beantwortet hätte. Nunmehr steht es endgültig fest, daß diese Antwort tatsächlich erfolgt wird. Und zwar soll sie noch heute übermittelt werden, damit auch dieses Schriftstück mit den übrigen diplomatischen Dokumenten in dem angekündigten englischen Botsbuch am Montag erscheinen kann.

Ueber den Inhalt dieser Antwort liegen nun verschiedene übereinstimmende Meldungen vor, die darauf schließen lassen, daß es sich keineswegs um eine bloße diplomatische Formalität handeln dürfte. Vielmehr wird die britische Regierung die Gelegenheit benützen, um ihre Auffassung zu dem gesamten Reparationsproblem in Verbindung mit der Ruhrbesetzung ausführlich darzulegen. In einem Telegramm der Telegraphen-Union aus London heißt es:

Es wird in der Antwort erklärt, daß England heute unter der europäischen Situation genau so leiden müsse, wie Frankreich durch die Vermüthungen des Krieges gelitten habe. Es hat seit dem Waffenstillstand über 400 Millionen Pfund für seine Arbeitslosen ausgeben müssen, eine Summe, die einen unermesslichen Verlust darstellt, während Frankreich in derselben Zeit habe einen Teil seiner zerstörten Gebiete wieder aufbauen und seine Industrie wieder aufrichten können, die nunmehr sehr gut beschäftigt sei. Weiter wird Frankreich darauf hingewiesen, daß die oberste englische Justizbehörde die Ruhrbesetzung als im Widerspruch stehend mit dem Versailles-Vertrag anerkannt hat, und die englische Regierung macht den Vorschlag, die Besetzung aufzuheben oder aber die Frage ihrer Geschmählichkeit klären zu lassen.

Auch auf die Frage der interalliierten Schulden wird die Antwort ausführlich eingegangen. England setzt genau auseinander, wie weit es in dieser Frage entgegenkommen will, und es verläutet, daß der englische Plan vom Januar wiederholt wird, den Poincaré seinerzeit zurückgewiesen hat. Der englische Vorschlag geht dahin, daß England gewillt ist, entweder von den Alliierten oder von Deutschland soviel Geld zu erhalten, daß es damit seine amerikanische Schuld decken kann. Frankreich wird aufgefordert werden, auch seinerseits zur Sicherung und Lösung der europäischen Situation beizutragen, wenn es von den Nationen, die anerkanntermaßen Verpflichtungen erfüllen müssen, etwas erhalten zu können, erwarten will.

Entsprechen diese Angaben den Tatsachen, dann muß daraus geschlossen werden, daß der Jubel der französischen Regierungspresse über die Ratlosigkeit der Regierung Baldwin voreilig war. Eine solche Antwort würde im Gegenteil darauf hindeuten, daß die englische Aktion mit der bloßen Veröffentlichung der diplomatischen Dokumente keineswegs abgeschlossen wäre, sondern im Gegenteil sich weiter entwickeln würde. Und zwar wäre namentlich die Aufrollung der Rechtsfrage von ganz außerordentlicher Bedeutung für Deutschland. Allerdings hat man in bezug auf England bereits so viele Enttäuschungen hier erlebt, daß es ebenfalls verfehlt wäre, lediglich auf Grund der vorliegenden Berichte sich irgendwelchem Optimismus hinzugeben.

## Notverordnung des Reichspräsidenten.

### Gegen republikfeindliche Pressehefte.

Der Reichspräsident hat heute eine am 10. August in Kraft tretende Ausnahmeverordnung erlassen, die den Reichsminister des Innern die Vollmacht gibt, Druckschriften zu verbieten, die zur gewaltsamen Änderung oder Beseitigung der republikanischen Staatsform des Reiches oder eines Landes auffordern oder in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise zu Gewalttätigkeiten auffordern oder anreizen.

Der Reichsminister des Innern wird ermächtigt, die zur Ausführung der Verordnung nötigen Anordnungen zu erlassen. Alle Zweiverwaltungsbehörden des Reichs, der Länder und der Kommunen haben den auf Grund dieser Verordnung ergehenden Ersuchen des Reichsministers des Innern im Rahmen ihrer Zuständigkeit Folge zu leisten.

Der Reichstag hat gestern, Freitag, nach Erledigung des geschäftswichtigen Beschlusses der Kommunisten auf Zulassung ihrer Deputationen zur Teilnahme an den Beratungen des Reichstags, des Abkommens mit Polen über eine gemeinsame Reichsverwaltung in der Marienwerder Niederung und ein Abkommen mit der Tschechoslowakei über die Versorgung der Kriegsbekindigten im Hüttschiner Gebiet angenommen.

Darauf wird

### die politische Debatte

fortgesetzt.

Abg. Petersen (Dem.) schließt sich den Ausführungen Dr. Stresemanns an. Deutschland könne in seinem Verständigungswillen nicht weiter gehen als in der letzten Note der Regierung. Weit über den Friedensvertrag hinaus habe sich Deutschland darin zu Reparationsleistungen bereit erklärt. Von der französischen Regierung fehle dagegen noch immer eine positive Erläuterung ihrer Pläne im Ruhrgebiet. Selbst England, der Bundesgenosse Frankreichs, bemähe sich vergeblich, darüber Klarheit von Frankreich zu erhalten. Nicht Freundschaft verlangen wir von England und Italien, aber die

### Innehaltung des Versailler Vertrages.

den diese Mächte selbst unterschrieben haben. (Beifall.) Auch Amerika ist moralisch verpflichtet, über die Einhaltung des Vertrages zu wachen, den Wilson in erster Linie mit geschlossen hat. (Beifall.) Unter lebhafter Zustimmung rühmt der Redner den tapferen Widerstand an Ruhr und Rhein. Die neuen Finanz- und Steuervorlagen müßten schnell und energisch durchgeführt werden. Jetzt muß endlich die verhängnisvolle Fiktion aufgegeben werden, daß Markt gleich Markt sei und wenigstens die Festmarkt-Rechnung überall durchgeführt werden.

Abg. Böhm (Bayr. Sp.): Die Selbsthilfe wird uns dadurch erschwert, daß unsere Währung vollkommen zusammengebrochen ist. Die neuen Steuervorlagen werden auch nur eine vorübergehende Erleichterung bringen. Der Landwirtschaft stehen stichlich große Mittel nicht zur Verfügung, denn sie muß ihre Ueberflüsse zur Betriebserbesserung verwenden. Der Redner schließt mit der Versicherung,

### die Reichsteuer Bayerns

sei über jeden Zweifel erhoben.

Abg. Frölich (Komm.): Die Regierung Cuno hat durch ihre Unfähigkeit und ihre verbrecherische Abenteuerpolitik Deutschland ins Verderben geführt. Der Ruhrkampf wird heute nur noch von der Arbeiterklasse geführt, aber diese Kämpfer sind vom Verrat der Unternehmer und der Regierung umgeben. Hochangesehene deutsche Firmen im Ruhrgebiet haben sich schon mit den Franzosen geeinigt. (Hört, hört!) Die geforderte Verteilung der Kohlenvorräte zu billigen Preisen wurde von der Regierung abgelehnt, so daß diese Kohlen jetzt von den Franzosen abtransportiert werden. Privatwirtschaftliche Interessen haben unter dem Regime Cuno-Bauer über Volkswohl und nationales Interesse gesetzt. Die Firma „Rheinmetall“ hat gegen den Widerstand ihrer Arbeiter heimlich ihre Lokomotiven den Franzosen ausgeliefert und damit glatten Hochverrat verübt. (Hört, hört!) Auf der Kruppischen Zeche Hannover, auf der Thyllen-Hütte und auf vielen anderen Werken haben die Direktoren an schwarzen Brettern angehängt: „Wer wegen der französischen Besetzung die Arbeit einstellt, gilt als enklaffen!“ Die

### Großunternehmer des Ruhrgebiets haben den Dolchstoß geführt.

an dem der Ruhrkampf zusammenbricht. Dazu kommt die unglückliche Korruption mit den Propagandafonds der Ruhrhilfe. Außerdem wird unter intensiver Förderung dieser Regierung der rechtschleichen Bürgerkrieg vorbereitet. Ministerpräsident Feiler-Sachen hat vergeblich dagegen protestiert, daß von der Leitung der Reichsmehr in enger Verbindung mit Rohdach und den übrigen völkischen Freikorpsführern eine „schwarze“ heimliche Armee aufgestellt und bewaffnet wird. Der von der Cuno-Regierung vorbereitete Bürgerkrieg ist jetzt unvermeidlich geworden. Diese korrupte Regierung kann sich durch Zugeständnisse nicht mehr retten; jetzt ist es zu spät. Das mit der elenden Cuno-Mark abgepfiffene Volk läßt sich jetzt nicht mehr durch verspätete Konzessionen beruhigen. Wir fordern, daß die Regierung Cuno vor einen Staatsgerichtshof gestellt wird. Der Bankrott der Cuno-Regierung ist der Bankrott der kapitalistischen Herrschaft. Die Revolution ist da, die Arbeiterschaft hat sich unbedünktlich um die Parteilichung zusammengelunden zum Kampf gegen das herrschende korrupte System. Es wird niemand gelingen, uns Kommunisten in einen zu frühen Kampf hineinzutreiben. Wir werden langsam umgehen mit jedem Tropfen Arbeiterblut; aber wir werden auf dem Wege sein, wenn es den drohenden Ansturm abzuwehren gilt. Der Hammer des Proletariats wird die kapitalistische Klasse zerschlagen.

Staatssekretär Freiherr von Malchahn kommt auf die gestrigen Anfragen des Abg. Stresemann wegen der Ausweisungen deutscher Staatsangehöriger aus Polen und wegen der Remelbahn zurück und erklärt, daß die Ausweisungen polnischer Staatsangehöriger aus Deutschland in den Fällen, wo von der polnischen Regierung Beschwerden erhoben seien, zurückgewiesen seien. Wegen der von der polnischen Regierung als Repräsentanten verfügten Ausweisungen Deutscher seien Vorstellungen erhoben worden.

### Reichsernährungsminister Dr. Luther

gibt einige Erklärungen über die schwierige Ernährungslage ab, die er auf den Devisenmangel und den Mangel an Zahlungsmitteln und den Zwischenraum zwischen neuer und alter Ernte zurückführt. Die Kartoffelverförmung habe sich gehoben, aber es sei richtig, daß sie auch jetzt noch nur die Hälfte der Friedenslieferung betrage. Im Reichstag fanden Verhandlungen zwischen den landwirtschaftlichen Organisationen und den Konsumgenossenschaften statt.

Die Sitzung wird auf eine Stunde unterbrochen, um den Fraktionen Gelegenheit zu geben, sich über die Beschlüsse des Steueraussschusses klar zu werden. Abends 7 1/2 Uhr beginnt die neue Sitzung.

Vizepräsident Dr. Bell teilt mit, daß die Kommunisten folgenden

### Mittrauensantrag

eingebracht haben: „Die Ausführungen des Reichsanstalters entsprechen nicht den Anschauungen des Reichstags. Der Regierung wird das Vertrauen entzogen.“

Abg. v. Graefe (Deutschöf.): Die Mission ausländischer Sympathien ist jetzt verfloren, die die Politik jener Herren so unbedenklich beinest. Der Reichsanstalter hat das tieftraurige Wort der Beurteilung „verbrecherischer Anschläge“ ausgesprochen, obwohl die berechtigten Gewaltakte gegen die französische Gewalt von einem wirksamen passiven Widerstand gar nicht zu trennen sind. Der Reichsanstalter befindet sich in einer kläglichen Unfreiheit, weil er veräußert hat, sich gleich die Vollmacht zu einer eventuellen

### Reichstagsausführung

neben zu lassen. Wir legen Verwahrung dagegen ein, mit den Bolschewisten in einem Atem genannt zu werden. Wir protestieren gegen die schmutzige Verleumdung, daß in den nationalen Verbänden französisches Geld steckt. (Stürmische Rufe bei den Sozialdemokraten.) Die schmutzigen Wankenshaften der Freis und Reichshaus sind gerade von meinen Freunden aufgedeckt worden. Radebeul-Schellsch und den Kommunisten wird es

nicht anlagen, die wirklich völkischen Kreise durch orientalisches Raffinement auf die bolschewistische Seite zu ziehen.

Abg. Ledebour (USP.): Cuno ist ein verschleierte, v. Graefe ein offener Nationalist. Bei der Anwendung des Graefischen Rezeptes wäre die Besetzung längst bis Berlin ausgedehnt. Cuno hat sich mit seinen Erlassen und seiner Politik als bester Helfer Poincarés

erwiesen. Die Ruhrarbeiterschaft will von den sinnlosen Sabotageakten nichts wissen.

Mit 1 1/2 stündiger Beräthung eröffnet Präsident Lobe die neue Sitzung. Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung sämtlicher Steuergesetze, wie sie im Steueraussschuß gestaltet worden sind.

Abg. Oberjohren (Dnall.) gibt als Vorsitzender des Steueraussschusses im Namen des Zentrums, der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, der Demokraten und der Bayerischen Volkspartei folgende Erklärung ab: Der Ausschuss hat in eingehender Beratung die von der Reichsregierung vorgelegten Steuergesentwürfe sowie den dem Reichstag als Initiativentwurf zugegangenen Gesentwurf über die Besteuerung der Betriebe erledigt. Die Fassung, die jetzt vorliegt, ist das Ergebnis der einstimmigen Annahme dieser Gesentwürfe durch die Ausschussmitglieder sämtlicher Parteien mit Ausnahme der Kommunisten, die erfolgt ist unter vollkommener Uebereinstimmung mit der Reichsregierung. Die schwierige Lage, in der sich unser Vaterland befindet, und der entschlossene Wille, schnell und wirksam zu helfen, hat dazu geführt, daß schwere Bedenken, die von den einzelnen Parteien von verschiedenen Gesichtspunkten ausgehen, gemacht worden sind, zurückgestellt wurden hinter dem großen politischen Ziele, durch entschlossene Maßnahmen der Not des Vaterlandes zu steuern. (Beifall.)

Dieser Beschluß — auch darüber waren sich alle einig — bedeutet nur einen ersten Schritt auf dem Wege zur Lösung der Finanz- und Währungsschwierigkeiten,

soweit das deutsche Volk dazu allein imstande ist. Im Namen der Ausschussmitglieder der genannten Parteien, die sämtlich getragen sind von der Ueberzeugung, daß

nicht Worte, sondern Taten jetzt notwendig sind,

bitte ich das hohe Haus, die vorliegenden Steuergesentwürfe in der Ausschussfassung ohne Debatte möglichst einstimmig anzunehmen. (Beifall.)

### Abg. Keil (Soz.)

gibt namens seiner Fraktion folgende Erklärung ab:

Die sozialdemokratische Fraktion stimmt den zur Beratung stehenden Gesetzen zu. Sie erblickt darin einen kraftvollen Schritt in der Richtung der Finanzpolitik, die sie seit Jahr und Tag befürwortet, und die Erfüllung eines wesentlichen Teiles des Finanzprogramms, das sie zur Abstellung der furchtbaren Finanznot des Deutschen Reiches aufgestellt hat. Die Fraktion bedauert an dieser Stelle, daß es erst zu einer so katastrophalen Zerrüttung der deutschen Währung kommen mußte, ehe eine Mehrheit des Reichstages sich zu wirksamen steuerlichen Maßnahmen entschloß. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die rechtzeitige Durchführung solcher Maßnahmen hätte dem deutschen Volk schwere Not erspart. (Erneute Zustimmung links.) Die Fraktion erwartet eine energische Durchführung der jetzt zu beschließenden Gesetze, weil nur dann noch mit dem unter einem furchtbaren ohrenpolstigen Druck überhaupt möglichen Erfolg gerechnet werden kann. Die Fraktion erklärt mit Nachdruck, daß zur Hemmung des Verfalls der Währung und der Finanzen eine durchgreifende Finanzreform unverzüglich eingeleitet werden muß, daß insbesondere die Gesetzentwürfe zur Heranziehung der Wirtschaft auf der Grundlage der Ersparung der Sachwerte keinen weiteren Aufschub erliden dürfen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Koenen (Komm.): Die Beratung im Ausschuss hat ein solches Eilzugstempo eingeschlagen, daß auch nicht einmal ein einziger Antrag gedruckt vorgelegt werden konnte. Der Ausschussvorsitzende hat auch falsch berichtet, wenn er sagte, die Vorlagen seien sämtlich gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen worden.

Damit schließt die allgemeine Aussprache.

Die Rhein-Ruhr-Abgabe wird in zweiter und dritter Lesung in der Ausschussfassung angenommen. Als außerordentliche Abgabe wird danach erhoben 1. von den Einkommensteuerpflichtigen, die zur Entrichtung erhöhter Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer verpflichtet sind, am 25. August d. J. das Doppelte der für das dritte Kalendervierteljahr 1923 zu entrichtenden Vorauszahlung, am 5. Oktober das Doppelte der Vorauszahlung für das letzte Kalendervierteljahr und am 5. Januar 1924 das Doppelte der Vorauszahlung für das erste Vierteljahr 1924, 2. von den übrigen Einkommensteuerpflichtigen, deren steuerbares Einkommen im Jahre 1922 den Betrag von 1 Million Mark überstiegen hat, am 25. August des Hundertsache der nach dem Einkommen von 1922 berechneten Vorauszahlungen für das dritte Kalendervierteljahr 1923, am 5. Oktober das 200fache der Vorauszahlungen für das letzte Vierteljahr und am 5. Januar das 200fache der Vorauszahlung für das erste Vierteljahr 1924. Von den Erwerbsgesellschaften wird am 25. August ein Viertel der Körperschaftsteuer, vervielfacht mit 600 erhoben, am 5. Oktober und 5. Januar weitere Raten um. Im Rahmen dieser Bestimmungen wird von allen Kraftfahrzeugbesitzern eine einmalige außerordentliche Abgabe erhoben. Der Abgabe unterliegen nicht Kraftfahrzeuge im Besitze des Reiches, der Länder und Gemeinden, Personentransportwagen und Kraftomnibusse im Vorbetrieb, Postkraftwagen, Feuerwehr- und Krankentransportwagen.

Das Steuergesetz wird unverändert angenommen. Angenommen werden auch die Vorlagen über die Verbrauchsteuern, die diese der Geldbewertung anpassen. Angenommen wird auch die Erhöhung der Vorauszahlungen auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer, ebenso die Betriebssteuer. Auch der Rest der Steuervorlagen wird angenommen. Damit sind

sämtliche Steuervorlagen in zweiter und dritter Lesung erledigt.

Präsident Lobe schlägt vor, in einer neuen Sitzung die Frage der wertbeständigen Anleihe und das kommunistische Mißtrauensvotum zu behandeln. Heute könne das nicht geschehen, da ein solches Mißtrauensvotum erst am Tage nach der Verteilung zur Abstimmung gebracht werden kann.

Abg. Marx (Z.) schlägt vor, die neue Sitzung am Montag abzuhalten, damit die Anleihe im Ausschuss eingehend beraten werden kann.

Abg. Koenen (Komm.) schlägt Sonnabend vor, um Klarheit über die Existenz des Kabinetts zu schaffen. Diesem Vorschlag schließt sich Abg. Dittmann (Soz.) an.

Gegen die Stimmen der Linken und des kleineren Teils der Demokraten und der Bayerischen Volkspartei wird beschloffen, die nächste Sitzung Montag 3 Uhr abzuhalten. — Schluß 9 Uhr.

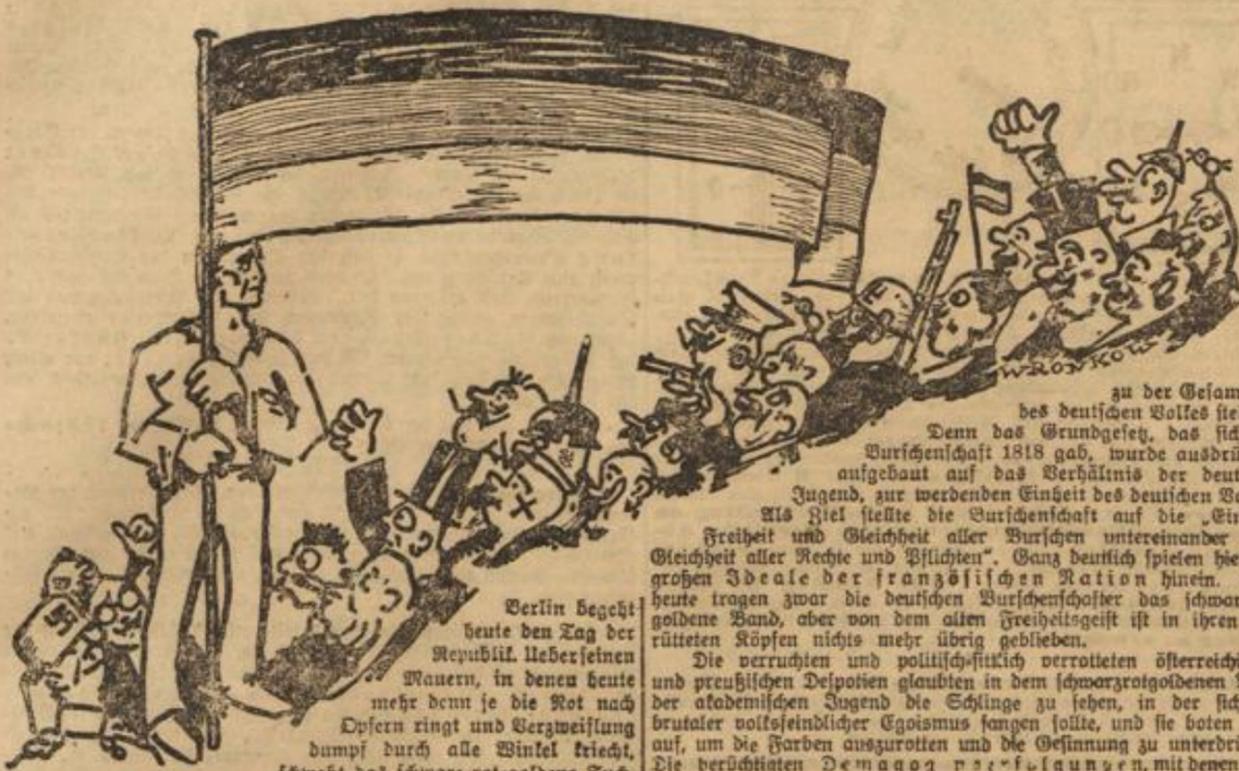
## Neues Verbot der „Münchener Post“.

### Die bayerische Regierung frucht Bürgerwehren.

München, 10. August. (Eigener Dachbericht.) Die Polizeidirektion München hat unter Parteiblat die „Münchener Post“ auf acht Tage bis einschließlich 18. August verboten. Die Ursache des Verbots ist die Nachricht aus Kempten, wonach im dortigen Jäger-Regimentsbatalion Mitglieder des Bundes „Bayern und Reich“ zu militärischen Übungen eingerollt sind. Das Verbot stützt sich auf den § 1 der bekannten Notverordnung, nach der in solchen Mitteilungen eine Vorladung an den Feind erblickt wird. Da schon bei dem letzten Verbot unseres Parteiblattes das graphische Kartell der Münchener Buchdrucker die Stilllegung der bürgerlichen Presse Münchens angedroht hat, so ist bei der augenblicklichen außerordentlich gespannten Lage eine Auswirkung in dieser Richtung heute nicht unwahrscheinlich. Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Münchens wird morgen zu dem Verbot Stellung nehmen.



Tag der Republik.



Keine Zeit, Feste zu feiern und das Gedankt zu einer Sache, die erst werden soll, in alle Himmel zu erheben. Aber der Schritt auf diesem Wege, der jetzt durch alle Finsternisse geht, darf nicht zurückgelassen werden.

Der Artikel 3 der Reichsverfassung vom 11. August 1919, deren feierliche Begründung und Ehrung der heutige Tag geweiht ist, lautet: Die Reichsflagge ist Schwarz-Rot-Gold. Bisher eigentlich der, übrigens ausgezeichnete Farbenkreislauf Schwarz-Rot-Gold in früheren Jahrhunderten stammt, hat sich bisher trotz der großen Mühe, die sich die Heraldiker gegeben haben, noch nicht ganz ein-

zu der Gesamtheit des deutschen Volkes stellen. Denn das Grundgesetz, das sich die Burschenschaft 1818 gab, wurde ausdrücklich aufgebaut auf das Verhältnis der deutschen Jugend, zur werdenden Einheit des deutschen Volkes.

Die verruchten und politisch-sittlich verrotteten österreichischen und preussischen Despoten glaubten in dem schwarzrotgoldenen Band der akademischen Jugend die Schlinge zu sehen, in der sich ihr brutaler volksfeindlicher Egoismus fangen sollte, und sie boten alles auf, um die Farben auszurotten und die Gesinnung zu unterdrücken. Die verächtlichen Demagogie-Folgungen, mit denen diese Regierungen vorgingen, sind zu bekannt, als daß man an dieser Stelle genauer darauf einzugehen braucht.

Der Republikaner.

Von Josef Maria Frank.

Unter grünen Bäumen sah er und sah auf die Menschen, die an ihm vorbeizogen in Jagen und mit Fahnen, um des Tages zu gedenken, der ihr Tag und Tag der Republik sich nennt. Es waren alte und junge Männer aus allen Schichten, doch zur Mehrzahl Arbeiter wie er; neben ihnen Frauen und Mädchen, vor ihnen und hinter ihnen laute Jugend, die stolz die schwarzrotgoldenen Fahnen trug.

Er sah sie sich näher an: die Alten waren wortkarg und nachdenklich; zwischen ihren hochgezogenen Brauen stritten tiefe Falten; aus ihren Augen stierte stumpf die Sorge um die Fahne, der sie folgten. Neben ihnen andere: aus deren Augen funkelte und blühte es hell; ihre Stirnadern liefen düster als sonst zu den Schläfen, und ihre Mäuler waren herb und im Winkel geschlossen; sprachen sie, waren es Worte vom Kampf; lachten sie, klang es metallisch hell und hart. Und was sie dachten, war der Ausdruck des Willens, die Fahne zu schützen.

Und wieder andere: die sahen feindselig auf die Straße; wild und heißer hörten sich ihre Rufe an; fanatisch lockte es aus ihren Augen und ihre unschönen Stimmen wurden schön und packend durch Anbrunst und Begeisterung, mit der sie ihre Lieder sangen. Und noch andere sah er und erkannte in ihnen traumhaftes Sehnen und redschwere Triebe, Triumph und Niedergeschlagenheit Seite an Seite marschieren, lobende Liebe neben verzerrter Wut.

Die Frauen gingen müde und mit schweren Schritten; sie trugen sichtlich die Sorgen mit, die ihr Sein bedeuten im Kampf der Tage; und während sie mit den Männern sangen, schien diese und jene fern dem Gesang und der Stunde zu sein, schien zu rechnen und zu grübeln, indes tiefe Falten um die zuckenden Lippen liefen. Der stille Beobachter erkannte, daß diese Frauen an ihre Rot zu Hause und die hungrigen Kinder dachten, an die Weibschneisen, die zu wenig, um sich satt zu essen, an die Mühe, das Bißchen, das sie haben mußten, überhaupt zu erlangen.

Der Fremde auf der Bank sah prüfend ihr Neuhäres: die Kleider sauber, aber fadenhäutig; die Schuhe gestickt und derb; und wie die Kleidung ihre Gesichter — verbraucht und mager, blaß und ausgemergelt von der grauenhaften Not, doch schnell und gestrafft mit spielenden Muskeln. Auf vielen lag der Staub stundenweiter Wege. Und der Staub legte wie die harten Gesichter den Willen, der Republik als ihrer zu gedenken.

Da nahte sich ein Zug mit Krüppeln, Krügererschöpfenen, auf Rücken und in Rollstühlen; einer vor ihnen hielt in der rechten Hand, der einzigen, die er besaß, die Fahne. Ernst sahen die Folgenden auf sie, die der Wind straffte wie ein grades Tuch. Es wurde still; der kleine, stumme Zug befahl mit eiserner Bestimmtheit das Schweigen, das für Sekunden auf den Bürgersteigen herrschte.

Da sah der Gast auf der Steinbank starr durch die Menschen

hindurch: eine öde Ebene lag vor ihm; über ihm ein Grollen, monoton und grausam; um sich herum gleitende Gestalten, zwischen denen mit betäubendem Krachen schwarzbilau es einschlug, splitternde Balken in der Luft und prasselnde Erdschollen; geläutete Schreie und stöhnendes Wimmern; und da spürte er plötzlich wieder an der rechten Schulter den schneidenden Schmerz und schaute mit der Linken aufzuckend nach dort und sah bitter lächelnd — den leeren Kermel, auf dem kalt und gleichgültig die Sonnenstrahlen durch das Laubgeäst her spielten.

Damals war ihm die Erkenntnis geworden, die ihn in der Revolution zum Republikaner gemacht hatte. Und ihm hatte hoffen lassen auf Republik und neues Werden. . . .

Und nun . . . ? Schimmer war die Not wie je. Grausamer war fast die Zeit als das Eisen, das ihm den rechten Arm geraubt hatte, Ringsum Rot, Rot, bittere Not! Ringsum Hunger und Elend, blasse Kinder und weinende Frauen! Die Republik amputiert zu einem Kumpfl! Brutales Wüten fremder Soldateska im Lande! Grauenhaftes Wüten der eigenen Brüder gegeneinander! Organischer Mundraub, Wucher und Betrug! Hohe aller Menschlichkeit im eigenen Lande, Hohe aller Klugheit, Entschlußkraft, Einigkeit! Von aller Welt verlassen, im Strudel des Egoismus und der offenen Feindschaft kämpfend um sich selbst, zerfleischt, bespuckt, beschimpft, befehdet, von Vagabunden umlauert, von Fräusen durchwühlt, von Fremden unterminiert, von der „Menschheit“ ans Duldereuz geschlagen, zerstoßen und mit „Essig“ getränkt — seine Republik!

Und aufstöhnend bäumte er sich hoch, irr suchend sahen seine zerquälten Augen in die Menschen, die da um ihn lachten, plauderten, politisierten, schimpften, schrien, tobten, stuchten und selbst nicht wußten, was ihnen nottut:

Das Eins-Sein mit der Republik! Der Wille für die Republik zu kämpfen und zu opfern! Das offene Bekenntnis für die Republik und die klare Erkenntnis, wer ihre Freund und Feind, das ehrliche Wollen, für die Republik zu kämpfen auf Leben und Tod — um Deutschlands Willen für die Menschheit, um der Menschheit willen für Deutschland! Die Einigkeit in diesem Ziel und aus der Einigkeit geboren die Macht und Stärke und Strenge, die Disziplin und der Gehorsam!

Und der Republikaner auf der grauen Steinbank erkannte, daß nun die Stunde der Republik gekommen, die Stunde, aus der sie wahrhaft wird oder in der sie stirbt, weil sie sich selbst nicht erkennen und bekennen konnte. . . .

Und laut und fest sprach er es aus: „Ans Werk nun, Republik! Jetzt hebe deine Fahne und schütze dich! Wach auf und sei nun endlich dein Diktator, Republik! Es geht um dich und alles!“

Eine neue Quäterspindel. Die amerikanischen Quäters haben, wie die „Deutsche Medizinische Wochenschrift“ mittels weiterer Mittel zur Befämpfung der Tuberkulose bei Kindern zur Verfügung gestellt. Es sollen 250 Berliner Kinder,

heran, die Höhe der preussischen Reaktion und mit ihnen die Ausrottung alles dessen, was sich zu Schwarz-Rot-Gold bekannte. In Deutschland war, als dann die prächtige und prunkende Aera Schwarz-Weiß-Rot unter Wilhelm II. einsetzte, erst recht kein Platz für die alten Freiheitsfarben. Einzig und allein in Oesterreich fanden sie eine Heimstätte. Und besonders die von Tschechen und Polen bedrängten Deutschen in Oesterreich sahen in diesen Farben noch wie vor das alte Einheits- und Einigungszeichen aller Deutschen und brachten es auf ihren Bannern und Vereinsabzeichen an. Erst in der letzten Zeit scheint mit der nichtswürdigen Propaganda der Deutschnationalen teilweise auch hier eine Aenderung der Bestimmung und damit ein Farbenwechsel eingetreten zu sein.

Wenn heute wieder auf allen Straßen und Plätzen die schwarzrotgoldenen Fahnen wehen, so ist das gleichsam eine Bestätigung und Bekräftigung dessen, was Edward David in seiner Rede im Reichstag vom 27. Juni 1921 als Schlusswort sagt: „Die Arbeiterdemokratie, die Sozialdemokratie läßt sich die Republik nicht mehr rauben. Sie wird sie verteidigen mit aller Kraft und mit allen Nachtmitteln, die ihr zur Verfügung stehen. Wir wünschen nicht, daß es in Deutschland noch einmal zu inneren Erschütterungen kommt. Wenn Sie, meine Herren von der Rechten, es doch dahin treiben, einen Angriff auf die Republik zu unternehmen, dann versichere ich Ihnen, daß der endgültige Sieg nicht auf Ihrer Seite sein wird.“

An den Farben Schwarz-Rot-Gold, die wir jetzt als Nationalfarben führen, klebt das Blut vieler heldenhafter deutscher Männer und Jünglinge, die für ihre Ueberzeugung gelitten und gestorben sind. Wegen dieser Farben haben Tausende der Besten mit ihren Angehörigen und Familien unerhörte Qualen ausstehen müssen, sind gehetzt und gejagt, sind rechtlos und fähig gemacht worden. Soll das alles umsonst gewesen sein und vergeffen werden?

Eine Verhöhnung der Verfassungsfeier.

In der Wilhelmstraße 9 zu Berlin, woselbst von deutschnationalen und volksparteilichen Gnaden der „Kladderatsch“ immer noch so verminderte Wihe von sich gibt, daß man sich erst hinhin lassen muß, um lachen zu können, ist eine große Not an Gehirnshmalz aufgetreten. Anders kann man es nicht verstehen, wenn man sieht, daß das Witzblatt aller erbosten und geistig unterernährten Spießer den Verfassungstag gerade gut genug hält, um die Freier dieses Tages und mit ihr den Genossen Scheidemann sowie Künstler und Dichter vom Rang eines Richard Strauß und Gerhart Hauptmann hämisch zu spottieren. Bergeblische Mühe, den traurigen Besselen, die sich einbilden, noch wunder wie deutsch zu sein, den Ernst und die Weihe eines solchen Tages begreiflich machen zu wollen. Es genügt diesen Leuten die Tatsache, daß die Sozialdemokratie den Verfassungstag mit besonderer Hingabe begeht, um den Versuch zu rechtfertigen, ihn herabzusetzen. Würde sich in demokratischen Ländern wie Dänemark, die Vereinigten Staaten und die südamerikanischen Freistaaten ein Federstecher nebst Zeichner erdreisten, den höchsten staatlichen Feiertag, den Verfassungstag, zum Gegenstand des Unkes zu machen, so könnten sie etwas erleben. In Deutschland aber darf es der Verlag des „Kladderatsch“ sogar noch wagen, den Schund in einem Glaskasten im Hause Wilhelmstraße 9 öffentlich auszuhängen.

Verfassungsfeier der Abteilung I. A.

Während sich die gesamte Beamtenschaft des Berliner Polizeipräsidiums heute am Verfassungstage selbst zu einer gemeinsamen Feier veranlassen wird, hatte die Abteilung I A (politische Polizei), der von Amts wegen der politische Schutz der bestehenden Verfassung obliegt, bereits gestern eine Sonderfeier veranstaltet. Der Leiter der Abteilung wies in seiner Ansprache auf die Bedeutung der Verfassung hin und der Vorsitzende des Beamtenschaftsausschusses brachte zum Ausdruck, daß alle Beamten der politischen Polizei treu zur Verfassung ständen und daß die Republik sich stets auf die Beamtenschaft der Abteilung I A stützen könne.

Zur Bebel-Feyer teilt der Bezirksbildungsausschuss Groß-Berlin mit, daß wegen Ueberlastung des Reichstages die Feier am Montag erst um 8 Uhr beginnen kann. Einloß in den Saal um 7 1/2 Uhr.

die nach den Richtlinien der deutschen Tuberkulosefürsorgestellen ausgewählt werden, sechs Monate lang durch Bische, Kleidung und Lebensmittel nachdrücklich unterstützt werden. Verabfolgt werden täglich Frischmilch, wöchentlich Butter, Kaffee, Hoferstoden und Lebertran, jodann Leib- und Beittüschle, Taschentücher und Seife für jedes Kind ein Paar Stiefel und zwei Paar Strümpfe.

Die Rieseneiche von Göttrup. Uralte Eichen grünen im deutschen Lande. Wunderbare Rieseneichen rosen auf im baltischen Umland, röhre dem Reinhardswälder Gellit Beberbeck, ein mächtiger Koloss erhebt sich bei der Waldecker Hauptstadt Krossen, aber die gewaltigste ist sicher die Rieseneiche von Göttrup im Uertal im Lippischen. Breit und hoch ist diese Eiche, verastet, knorrig, marig und kirchturnhoch, ähnlich, was den Stil anbetrifft, einem Normannenturm. In dieser Eiche kann ein breites Wohnhaus mit Bauernbaustüt für den Erntewagen und zwei Fenstern beiderseits bequem stehen. Einen großen Hof schirmt dieser bis in die Wipfel jugendgrüne Äste. Nur ganz oben in der Krone ist ein einzelner dürrer Ast, und auch der ist nur klein. Der Äste wächst sogar noch immer. Seit Jahren besuchen ihn Vereine. Ihre Mitglieder reichen sich die Hand und winden so einen Kreis um die Eiche. Mancher zeigt ihr seine Verletzung an. Und diese Eiche stammt aus den Jahren um 800 herum. Der Hof gehört den Albedings. Diese Familie wurde 1250 gegründet. Ihr Name entstand aus Ad-eding, d. h. rauschende liebe (ing) Eiche. Mann zur rauschenden lieben Eiche. Sie war also 1250 nicht mehr so ganz jung, etwa 500 Jahre alt, sonst hätte man sich 1250 nicht nach ihr benennen können als einer schon bedeutenderen. Der Vater dieser Eiche diente noch den altgermanischen Göttern, und die Eiche selbst in ihren Jugendjahren auch noch; aber dann rauchte sie der ersten christlichen Zeit im christlichen Umland. Und doch ist diese Eiche nicht die Älteste in Deutschland. In Mecklenburg gibt es zwei Eichen, die zweitausend Jahre alt sind, aber jede ist doppelt und deshalb nach kumbigem Urteil kein Riese. In der Heimat des Riesen von Göttrup im lippischen Lande gibt es auch sonst nur noch eine alte bedeutende Eiche, und die ist durch die Mauer in Hornoldendorf gewachsen.

Die Staatstheater eröffnen ihre neue Spielzeit am Sonntag, den 19. August, mit den „Reisterkinnern“ im Opernhaus und „Waldem Teu“ im Schauspielhaus. Beginn des Vorverkaufes am Donnerstag, den 16. August.

Das Trianon-Theater beginnt seine neue Spielzeit am 1. September mit Ludwig Ruldas Lustspiel „Die verlorene Tochter“. Erfa Bühner spielt die Titelrolle, Eugen Burg und Julius Follenstein die männlichen Hauptrollen.

Am Reising-Theater ist das Gastspiel der III. Stube des Moskauer Künstlertheaters bis einschließl. 17. August verlängert worden.

Zu der Volksbühne findet Sonnabend die abgelaunte Vorstellung von „Madame Buttefly“ doch statt, da das Philharmonische Orchester frei geworden ist.

Rein internationaler Kongress für Augenärzte. Nach einer „Matin“-Redung haben die französischen und belgischen Gesellschaften von Augenärzten es abgelehnt, an dem von der englischen Gesellschaft für das Jahr 1923 nach London einberufenen internationalen Kongress für Augenärzte teilzunehmen, weil auch die deutschen Augenärzte teilzunehmen und die deutsche Sprache als eine der offiziellen Sprachen des Kongresses anerkannt werden soll. Die Einberufung des Kongresses ist deshalb verlagert worden.

# Die Verfassungsfeier in der Schule.

Von Studienassessor Dr. Willy Blumenthal.

Heute, einen Tag nach Schulbeginn, wird sich die deutsche Jugend mit den Lehrern im Festsaal ihrer Schule versammeln, um den Jahrestag der Verfassung der deutschen Republik feierlich zu begehen.

In letzter Stunde sei hier den Veranstaltern dieser Feiern, also den Schulleitern, ans Herz gelegt, den 11. August nicht wie schon so manche von „oben“ angeordnete Republikanerverfeier widerwillig und befehlsgemäß zu feiern.

Antwortet nicht, daß die Jugend keinen Sinn und kein Verständnis hat für den Anlaß zu dieser Feier, daß es nicht möglich ist, sie für den Verfassungstag, für die Republik zu begeistern. Doch, es ist möglich, und es ist sogar eine leichte und schöne Aufgabe. Erzählt morgen den aufstrebenden Jungen und Mädchen aus der Zeit zählt heute den aufstrebenden Jungen und Mädchen aus der Zeit Krieg von uns verlorengegeben werden mußte, erzählt ihnen, wie das Chaos über unser armes Land und über unsere arme Stadt hereinzubrechen drohte und wie dann mutige Männer in Treue taten, was sie vermochten, um die Nacht des Unterganges zu bannen, und wie endlich aus Leid und Not die junge Republik geboren wurde, und sagt ihnen, daß heute, am 11. August, ihr Geburtstag ist, den wir alle feiern.

Wir müssen trotz aller Not den 11. August zu einem Freudentag für die Jugend machen. Musik, schöne Dichterverse, fröhliche Spiele auf Wiesen und in Wäldern mögen den Tag beschließen.

Wenn wir Lehrer der Republik die Geburtsstunde des neuen Reiches freudig feiern, dann wird die Schuljugend gern mitemstimmen in den Ruf des Volkes: „Es lebe die Republik!“

## Die neuen Preise für Brot, Milch, Wasser und Licht.

Das Ernährungsamt der Stadt Berlin teilt mit: Die Anpassung der Elemente des Brotpreises, insbesondere der personellen Unkosten in den Bäckereien, die Versteigerung des Kohlenpreises usw. machen eine Herabsetzung des Brotpreises des Kommunalbrottes auf 62 000 M., der Kommunalbrottschuppe auf 2400 M. vom 13. August ab unweissbar. Für den seit der letzten Rechnungsabgrenzung festgelegten Verbrauch haben die Abnehmer, bei denen eine Standaufnahme in der Woche vom 12. bis 18. August erfolgt, folgende Preise zu zahlen: 1 Kubikmeter Gas 60 000 M., 1 Kubikmeter Wasser 30 000 M., 1 Kilowattstunde elektrischen Strom 100 000 M. Der neue Milchpreis beträgt vom 13. August ab für 1 Liter Vollmilch 50 000 M., für nach Berlin eingeführte Raagemilch 20 000 M. Diese reinen Verzweigungspreise wird die Berliner Bevölkerung natürlich nur dann zahlen können, wenn bis zur Stunde der Gelderhebung ihr Einkommen sich gleichfalls wie die städtischen Tarife der Geldwertung angepaßt hat.

## Notgeld der Großbetriebe.

Da mit der Möglichkeit zu rechnen ist, daß die Reichsbank für die heutige Lohnzahlung noch nicht genügend Zahlungsmittel wird zur Verfügung stellen können, haben einige Großfirmen, u. a. die A.G. für alle ihre Betriebe Gutscheine mit kurzer Umlaufzeit ausgegeben. Diese Gutscheine werden von den Geschäften, die sich in der Nähe der Fabriken befinden, im allgemeinen an Zahlungs Statt angenommen. Außer der Konsumgenossenschaft haben sich auch große Geschäftshäuser, vor allem Weichheim, Lieb zur Uebernahme der Gutscheine bereit erklärt. Lebensmittel, die schon gestern in den Warenhäusern knapp waren, werden naturgemäß nur, soweit die Vorräte reichen oder zu beschaffen sind, ausgegeben werden können.

## Aufgelöste Demonstrationen.

Gestern wurden durch Arbeitslose aus der Eisenindustrie Sachmann Arbeitswillige entfernt. Die gleichen Versuche wurden in der Löwenstein Waffenfabrik unternommen. Von dort zogen die Demonstranten, die von der Spandauer Straße in Wittenau hermarschiert kamen, auf einen in der Nähe befindlichen Platz, um dort ihre Forderungen zu erörtern. Da zurzeit jeder Demonstrationen zug und jede Ansammlung unter freiem Himmel verboten ist, wurde die Versammlung aufgelöst.

## Keine Umzüge in der Innenstadt.

Wie uns das Berliner Polizeipräsidium mitteilt, sind am heutigen Verfassungstage Umzüge in der inneren Stadt verboten, soweit sie nicht ausdrücklich vom Polizeipräsidium genehmigt sind. Insbesondere wird auf die Innehaltung der Bannmeile durch die Schutzpolizei geachtet werden.

## 2 Zentner Papiergeld beschlagnahmt.

Eine noch nicht ganz geklärte besondere Spekulation scheint ein russischer Kaufmann zu betreiben, der gegenwärtig in Holland wohnt. Im Begriff, abzureisen, fiel er Polizeibeamten mit zwei schweren Koffern auf. Er wurde festgehalten und es ergab sich, daß die Koffer zwei Zentner deutsches Papiergeld in allen möglichen Noten enthielten. Der Russe wurde daraufhin verhaftet, der Inhalt der Koffer, für über 1 Milliarde Reichsbanknoten, beschlagnahmt. Seine „Geschäftsreisen“ dienen ihm augenscheinlich dazu, Kapitalien in deutschem Gelde nach dem Ausland auszuführen. Hiernach scheint es, daß unsere in den Abgrund gestürzte Mark im Ausland doch noch begehrt wird. Es fragt sich nur, zu welchem Zwecke.

Die Verfassungsfeier der Jungrepublikaner findet trotz der Abgabe des Fackelzuges im Herrenhaus, Leipziger Str. 3, statt.

Keine Opernvorstellung! Wir weisen wiederholt darauf hin, daß heute abend keine Vorstellung im Opernhaus stattfindet.

Tarifierhöhung bei der Hochbahn-Gesellschaft. Am Montag, den 13. August, wird die Hochbahn-Gesellschaft ihre Fahrpreise erhöhen und zwar in folgender Weise: Bis zum 5. Bahnhof in der 3. Klasse 10 000 M., und in der 2. Klasse 14 000 M., für die ganze Strecke 14 000 (18 000) M., Bocks zu zehn Karten kosten: bis zum 5. Bahnhof 90 000 (126 000 M., für die ganze Strecke 126 000 (180 000) M., Wochenkarten zu zwölf Fahrten für die ganze Strecke kosten 126 000 (160 000) M.

Die in den Händen der Fahrgäste befindlichen bisher geltenden Fahrkarten können auch weiterhin zur Fahrt benutzt werden, jedoch sind für eine Fahrt zwei Fahrkarten derselben Sorte zu verwenden.

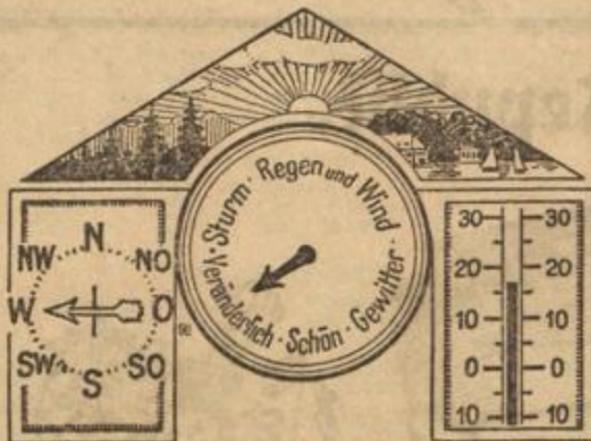
Die Gebühren für Ärzte und Zahnärzte betragen vom 8. August an, wie dem Amtlichen Preussischen Preisbedienst vom Gesundheitsministerium mitgeteilt wird, das 80000fache des Friedensjahres.

Feuer in einer Waffenkammer der Schupo. Am Freitag mittig brach in der Waffenkammer der Schupo in Charlottenburg, Schloßstraße 1, einer ehemaligen Kaserne der Garde-du-Corps, Feuer aus. Es gelang der Wehr, durch schnelles Eingreifen eine weitere Ausdehnung zu verhindern. Wegen Aufklärung der Entstehungsurache sind Ermittlungen im Gange.

Der Deutsche Republikanische Reichsbund ruft alle Republikaner, sofern sie sich nicht an der Kundgebung der SPD in der „Neuen Welt“ beteiligen, auf, in Massen der Kundgebung zu erscheinen, die heute, Sonnabend, 6 1/2 Uhr abends, im Lustgarten beginnt.

Die Gefahren der Tuberkulose lautet das Thema eines Vortrages des „Völkertüchtigen Kulturvereins Hedding“ am Montag, den 13. August, päpstlich abends 7, 8 Uhr im Augenheilm, Schönleibstr. 1 (Wedigenheim). Reiseleiterkürzungen. Die deutschösterreichische Regierung hat zur Vereinfachung des Reiseverkehrs dem Österreichisch-Deutschen Reisebureau, Leopoldenstr. 19, das Recht erteilt, innerhalb Deutschlands Passsichtvermerke (Visa) für Deutschösterreich zu besorgen. Das Bureau vermittelt weiter Visa für die Tschechoslowakei. Die Besorgung der Sichtvermerke erfolgt in der Regel innerhalb längstens 24 Stunden.

# Wetteraussichten für Sonntag.



Zu Beginn dieser Woche drang ein umfangreiches Hochdruckgebiet von Frankreich gegen Mitteleuropa vor, während sich gleichzeitig ein Tief von Südschweden nach Südwestrussland entfaltete. Nach zahlreichen, besonders im östlichen Ostseegebiet ergiebigen Regenfällen erhoben sich daher im größten Teile Deutschlands starke West- und Nordwestwinde und fand überall eine beträchtliche Abkühlung statt. Zwischen Donnerstag und Freitag morgen ist ein atlantisches Tiefdruckgebiet nach dem Europäischen Nordmeer und Mittelkandinavien vorgerückt. An seiner Südseite hat sich ein Teiltief ausgebildet, bei dessen Annäherung die Temperatur am Donnerstag nachmittag zu Magdeburg 29, am Freitag zu Frankfurt a. M. sogar 31 Grad Celsius erreichte. Während des Vorüberganges des Teiltiefs dürfte zwischen Freitag abend und Sonnabend mittig an vielen Orten Gewitterregen und eine merkliche Abkühlung eintreten. Dabei werden bei frischen westlichen Winden voraussichtlich noch wiederholte, obschon nicht sehr bedeutende Regenschauer folgen. Für Sonntag ist aber wieder größtenteils heiteres, in den Tagesstunden etwas wärmeres, wenn auch noch nicht beständiges Wetter zu erwarten.

Hitzewelle in den Vereinigten Staaten. Die „Times“ erfährt aus Washington, daß die Amerika überflutende Hitzewelle eine sehr hohe Temperatur erreicht hat. Gestern haben in Washington 190 Personen Hitzeschläge erlitten.

**Unsere werten Inserenten**  
machen wir darauf aufmerksam, daß die jeweiligen Anzeigenpreise regelmäßig am Kopf des „Vorwärts“ angezeigt sind / Besondere Benachrichtigung bei Preisänderungen erfolgt nicht!  
**VORWÄRTS-VERLAG G.m.b.H.**

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

Richtung, Bezirksvorstand!

Morgen, Sonntag, den 12. August, vormittags 10 Uhr, wichtige Sitzung des erweiterten Bezirksvorstandes im Reichstagsgebäude. Eingang: Portal II. Tagesordnung: Die augenblickliche politische Lage.

Heute, Sonnabend, den 11. August:

- 19. Kreis Vantow. 7 1/2 Uhr Verfassungsfeier bei Linde, Breite Str. 34. Redner Genosse Hellmann. M. d. L.
- 48. Wkt. Sämtliche Ordner heute nachmittags 5 Uhr in der Neuen Welt.
- 100. Wkt. Friedrichshagen. Verfassungsfeier heute abends 8 Uhr in der Aula des Realgymnasiums. Redner Genosse Dr. Goldschmidt. Redaktionen: „Mittler Deutscher“, „Hilf!“, Frau Otto, Blöcher, Fr. Ellsicht, Gefangenenverein „Eintracht“, Eintritt 5000 M.

Morgen, Sonntag, den 12. August:

- 8. Wkt. Am Weichsel am Sonntag in Hakenfelde treffen sich die Kinder um 9 Uhr am Bahnhof Nordstraße. Treffpunkt der Parteigenossen 11 1/2 Uhr Bahnhof Nordstraße. Keine Beteiligung wird erwartet.
- Realitäts. 91. Wkt. Am Sonntagabend Sommerfest im Lustgarten, Parteiparadenstr. 6-10, haben wir alle Parteigenossen mit ihren Angehörigen ein Konzert, Gesang, Rezitationen, Arbeiterliederchor sowie unsere Arbeitervorrede werden allen einen angenehmen Nachmittag verschaffen. Ansprache Genosse Trispian, M. d. R. - 92. Wkt. Vormittags 11 Uhr im Hotel von Orizer, Bestplatz. 9. Abrechnung der Bezirksführer.

Hebermorgen, Montag, den 13. August:

- 101. Wkt. Kreuzberg. 7 1/2 Uhr im Lokal „Richter“, Am Treptower Park 29, Parteifeier, anlässlich des 10. Jahrestages unseres Führers. Rezitationen, Gesang, Berliner Volkschor. Worte zum Gedächtnis Richard Müller. Gäste willkommen. Zur Deckung der Unkosten wird ein Beitrag erhoben.
- Jungsozialisten. Gruppe „Edelst“ Vortrag über alte und neue Formen. Referent Genosse Franzen. Arbeiterjugend und Parteigenossen sind eingeladen.

## Jugendveranstaltungen.

Heute, Sonnabend, den 11. August:

Jugendgruppen, beteiligt auch an der Verfassungsfeier abends 8 Uhr in der Neuen Welt, Eisenfelde.

Morgen, Sonntag, den 12. August:

- Marienthor! Wanderung nach Boken. Treffpunkt 8 Uhr Wkt. Marienthor! - Raabitz! Spieluhr nach Böhlenberg. Treffpunkt 9 1/2 Uhr Wkt. Marienthor! - Stahli! Wanderung Köpenick-Böhenen. Treffpunkt 6 Uhr Wkt. Eisenfelde. - Edlitz! (Reichsbanner) Boretz! Wanderung nach dem Waldsee. Treffpunkt 6 1/2 Uhr Schloßberg Wkt. - Oden (Stralauer Kreis)! Treffpunkt zur Verfassungsfeier heute 6 1/2 Uhr nachmittags am Rudolfplatz. Treffpunkt zur Wanderung Sonntag früh 8 Uhr Wkt. Großau-Rammelsburg.

## Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag vormittags 11 Uhr im Goel. Doppelallee 15. Vortrag des Herrn Dr. R. Orie: „Das Problem der Fortbildung“. Gäste willkommen.

## Preise und Löhne.

Lebensmittelpreise in der Zentralmarkthalle (in tausend Mark)		Höchste Wochenlöhne in Berlin (in tausend Mark)	
Schmalz	620-660	Batterie- und Elementarb.	2039
Margarine	600-700	(Presser) v. 30. 7. bis 8. 8.	
Kalbsteisch m. Knochen	280-380	Well- und Haarhutarbeiter (weibl.) v. 4. 8. bis 10. 8.	2479
Kartoffeln 10 Pfund	190	Margarinearbeiter vom 8. bis 14. 8.	4140
Wirsingkohl	25	Getränkearbeiter vom 3. bis 9. 8.	5122
Lebende Schlei	400-550	Brauereiarbeiter v. 6. b. 11. 8	5040
Lebende Aale	550-600	Lederwarenarbeiter vom 3. bis 8. 9.	4660
Ungelassener Vollreis	180	Goldleisten- und Bilderrahmenarb. v. 28. 7. b. 3. 8.	2435
Grüne Bohnen	70-80		
Pfefferlinge	100-120		
Weißkohl	18-20		
Tomaten	90-120		
Mohrrüben	35-40		

# Wirtschaft

## Die Steigerung der Großhandelspreise.

Die für den Durchschnitt Juli errechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamtes stellt sich auf das 74787fache des Vorkriegsstandes. Im einzelnen belaufen sich die Gruppen Getreide und Kartoffeln auf 64133, Fette, Zucker, Fleisch und Fische auf 62669, Kolonialwaren, Hopfen auf 79380, Häute und Leder auf 101909, Textilien auf 113689, Metalle und Petroleum auf 102594, Kohlen und Eisen auf 85503 und zusammenfassend Lebensmittel auf 64856, Industriefabrikate auf 93351, Inlandwaren auf 69695, Einfuhrwaren auf 100244.

Gegenüber dem Durchschnitt Juni hat sich das Niveau der Großhandelspreise im Monatsdurchschnitt Juli um 286 vom Hundert erhöht. In der gleichen Zeit stieg der Dollarkurs von 109 990 M. im Durchschnitt Juni auf 353 412 M. im Durchschnitt Juli, also um 221 vom Hundert. Die Erhöhung des mittleren Preisniveaus im Juli ist damit beträchtlich über die Dollarkurssteigerung hinausgegangen, so daß das Goldniveau der Großhandelspreise eine Erhöhung von 74,0 vom Hundert im Juni auf 88,8 vom Hundert im Juli erfahren hat. Während die Preissteigerung der Einfuhrwaren genau der Bewegung des Dollarkurses entspricht, haben sich die Inlandwaren diesmal weit stärker als der Dollarkurs, nämlich um 509 vom Hundert erhöht, vor allem unter dem Einfluß der Preise für Getreide und Kartoffeln um 385 vom Hundert.

Am 31. Juli hat der Großhandelsindex bereits das 183fache des Vorkriegsstandes erreicht.

Preisrückgänge für Gasglühkörper. Der Verband der Beleuchtungsgröhlhändler G. B. teilt mit, daß ab 9. August 1923 die Preise für Gasglühkörper, und zwar für die Marke Pfeil auf 150 000 M., für mittlere Qualitäten auf 145 000 M., und für die billigsten Sorten auf 140 000 M. einschließlich Leuchtmittelsteuer festgesetzt sind.

Die neuen Kohlenpreise. Den bereits mitgeteilten Beschlüssen der Organe der Kohlenwirtschaft entsprechend, stellen sich die neuen Kohlenpreise ab Wert wie folgt: Rheinisch-westfälische Fettschichtkohle 23 267 000 M., mitteldeutsche und ostelbische Braunkohlenbriketts 11 638 000 M., ostelbische Rohkohle 3 490 000 M., mitteldeutsche Rohkohle 3 664 000 M., niederösterreichische Bierschichtkohle 34 799 000 M., niederösterreichischer Brechkohle 34 765 000 M., oberösterreichische Stückkohle 19 122 000 M., oberösterreichischer Stückkohle 30 513 000 M., alles je Tonne gültig ab 9. August.

Eine Billion Mark = 1 Mark. Das ist eine unwahrscheinliche Rechnung, selbst zu einer Zeit, wo man sich daran gewöhnt hat, über den Dollar in Millionenzahlen zu reden. Und doch findet sie sich vor, und zwar in der kommenden Bilanz des Rückforth-Konzerns. Während sonst die Aktiengesellschaften sich über den Markt der Beteiligungen, die sie an anderen Unternehmen besitzen, ausschweigen, teilt der Rückforth-Konzern anlässlich seiner neuen Kapitalerhöhung mit, daß seine Beteiligungen an den Konzern-Gesellschaften zurzeit einen Kurswert von weit mehr als 1 Billion Mark darstellen. Man hofft in der Bilanz von Ende Dezember d. J. diesen Wert mit 1 Mark einsetzen zu können. Die Bilanzanlagen sind jetzt bereits auf 1 Mark abgeschrieben. Diese Mittelteilungen zeigen, wie gewaltige Reserven sich manche Industrielieferanten dadurch schaffen, daß sie ihre hohen Sachwerte nur noch dem Namen nach als Vermögen aufführen, ihnen aber keinen Bilanzwert beimessen.

Reichsbank. Ende Juli stand die Reichsbank unter einem besonders starken Ansturm von Kreditfuchern, deren Forderungen sie auch weitgehend erfüllte. Sie übernahm vom Reich neu für 14,7 Billionen Schapanweisungen und gab der Privatwirtschaft gegen Wechsel für 4,4 Billionen Mark mehr Kredite als bisher, so daß ihr Bestand an Wechseln und Schecks auf 18,3 Billionen Mark anstchwoll. In diesen Krediten konnte sich das Privatkapital geradezu ungeheuerlich bereichern, weil sich inzwischen die Mark außerordentlich entwertet hat. Auch die gegen Pfänder erteilten Lombardkredite weisen eine starke Zunahme, nämlich um 2,3 auf 2,5 Billionen Mark auf. Die Folge davon war, daß die Reichsbank ihren Notenumlauf um 11,8 auf 43,6 Billionen Mark vermehrte, allerdings ohne damit dem starken Zahlungsmittelbedarf der Wirtschaft gerecht werden zu können. Die Reichsbank hat, während sie ihren Notenumlauf vermehrte, wieder 20 Millionen ihres Goldbestandes zum Erwerb von Devisen verkauft und damit ihren Goldbestand auf 596 Millionen Goldmark vermindert.

## SOEBENERSCHIEN

Die vaterländischen

# MÖRDER DEUTSCHLANDS

Das Ergebnis des Münchener Hochverratsprozesses

Die schärfste Anklage gegen den

# FASCHISMUS

Vereinigung International. Verlags-Anstalten Berlin SW 61 G. m. b. H. Planufer 17

**Bären-Stiefel**  
preiswert und erstklassig zum Wandern für die Berge fürs Auto fürs Motorrad für die Jagd zum Reiten sowie Winterstiefel  
Hans Bähr Spezialhaus für Schuhwaren Berlin C. 19 Spittelmarkt 7 (vor der Brücke) Kurfürstendamm 141 und Kommandantenstraße 87  
Verlangen Sie illustrierte Preisliste München, Saarnau, H. Braun, Bismarckstr. 17, Brandenburger, Schloßplatz, Kurfürstendamm 141, Berlin (Niedr.)  
Niederlass.: München, Saarnau, H. Braun, Bismarckstr. 17, Brandenburger, Schloßplatz, Kurfürstendamm 141, Berlin (Niedr.)